

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2009
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 10.03.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bündnis für Familien
4. Rückblick auf die Aktivitäten des Lokalen Bündnisses für Familien im Jahr 2008
Vorlage: 0204/2009
5. Anliegen der Jugendräte
6. Stand der Umsetzung des KiBiz
7. Konjunkturprogramm II
Maßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales
8. Standortfrage des Kinder- und Jugendbüros
9. Gefährdungen des Kindeswohls
Mündlicher Bericht der Verwaltung
10. Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"
hier: Errichtung einer Kinderschutzambulanz
Vorlage: 0205/2009

11. Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit"
 - Teilnahme der Stadt Hagen bis Ende des Schuljahres 2009/2010
 - Erweiterung des Teilnehmerkreises um die Schüler der Förderschule Wilhelm-Busch (Primarstufe und Sekundarstufe I)Vorlage: 1076/2008
Zweite Lesung
12. Programm zum Ausbau des Ganztagsbetriebes und der pädagogischen Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I
hier: Ergänzungsvorlage zur Drucksache 0935/2008
Vorlage: 0156/2009
13. Programm zur Sanierung der städtischer Gebäude
hier: Prüfung des Verkaufs städtischer Gebäude
Vorlage: 0106/2009
14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und bittet, zum Gedenken an den verstorbenen Herrn Reinhold Ricke, der unter anderem jahrelang als Geschäftsführer des Jugendhilfeausschusses und als Abteilungsleiter in der Jugendhilfe tätig war, eine Gedenkminute einzulegen.

Anschließend wird Herr Zastrau als neues Jugendhilfeausschussmitglied in beratender Funktion für die ARGE verpflichtet.

2. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Fischer bittet um Erläuterung der ausgelegten Tischvorlage zum Thema „Offener Ganzttag“.

Herr Hermann kommt dieser Bitte nach. Die Tischvorlage diene zur Information des Jugendhilfeausschusses. Man beabsichtige, in die nächste Sitzungsrunde der betroffenen Gremien eine Vorlage mit Lösungsansätzen einzubringen.

Herr Fischer berichtet, dass mit den Anmeldungen zum neuen Schuljahr teilweise gleichzeitig die Anmeldungen zum Offenen Ganzttag vorgenommen worden seien. Die Schulleitungen hätten deutlich zum Ausdruck gebracht, dass hier Handlungsbedarf bestehe. Er bittet, in der nächsten Sitzung unter dieser Perspektive diesen Punkt zu beraten.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass man sich zunächst einmal ein Bild im Verwaltungsvorstand machen müsse, weil man sich bezüglich des Ausbaus im Grenzbereich der freiwilligen Leistungen befinde. Seiner Meinung nach bestehe kein Rechtsanspruch. Er weist darauf hin, dass auch die Höhe der Landesförderung im Moment noch fraglich sei.

Er sichert zu, eine Vorlage zu diesem Thema für die nächste Sitzung vorzulegen.

Herr Strüwer erinnert daran, dass die Anmeldungen zu den Grundschulen im vergangenen Herbst erfolgt seien. Seien zu diesem Zeitpunkt schon Zusagen zur Aufnahme in den Offenen Ganztage gemacht worden?

Diese Frage wird von Herrn Hermann verneint. Jedoch warteten die Eltern nun dringend auf entsprechende Zusagen.

Herr Strüwer erklärt, dass dieses erweiterte Bildungsangebot gut angenommen würde und das bei entsprechender Finanzlage eine erfreuliche Entwicklung sei. Es werde die Stadt Hagen vor erhebliche Schwierigkeiten stellen, das finanziell zu stemmen.

Herr Fischer regt an, die Frage zu prüfen, ob es nicht im Rahmen von Jugendhilfeplanung möglich sei, den Bedarf festzustellen.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, die Meinung des Jugendhilfeausschusses mit in den Verwaltungsvorstand zu nehmen, dass in Abstimmung mit der Bezirksregierung angestrebt werden müsse, die 200 Plätze für das nächste Jahr möglich zu machen.

Auf eine Frage von Herrn Decker bezüglich der Beratung unter dem Punkt Mitteilungen, stellt Herr Strüwer fest, dass von Seiten der Eltern unmittelbarer Entscheidungsbedarf bestehe. Unter diesen Umständen bittet er Herrn Decker, diesen Punkt auch unter „Mitteilungen“ zu beraten, um ggf. dem ersten Beigeordneten ein entsprechendes Signal mit auf den Weg zu geben.

Damit ist Herr Decker einverstanden.

Herr Strüwer geht davon aus, dass es auch in den Fraktionen unstrittig sein werde, die 200 Plätze wenn irgend möglich zu realisieren. Wie sie dann finanziert würden, sei ein zweiter Schritt. Er stellt fest, dass dieses Signal allgemein mitgetragen werde.

3. Bündnis für Familien

entfällt

4. Rückblick auf die Aktivitäten des Lokalen Bündnisses für Familien im Jahr 2008

Vorlage: 0204/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Schmitz bedankt sich bei allen Beteiligten für die erfolgte Unterstützung.

Herr Strüwer bedankt sich bei Frau Schmitz für ihr Engagement und wünscht ihr alles Gute für ihre Zukunft.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

5. Anliegen der Jugendräte

Herr Strüwer schlägt vor, die Anliegen der Jugendräte in der heutigen Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 8 zu behandeln.

Die Vertreterinnen des Jugendrates sind damit einverstanden

6. Stand der Umsetzung des KiBiz

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte erläutert den Stand der Umsetzung des KiBiz. Sie beschreibt das Antragsverfahren.

Frau Haack erläutert die Tischvorlage.

Sie erklärt, dass es sich noch nicht um endgültige Zahlen handele, da erst am 15.03.09 die endgültigen Meldungen rausgeschickt würden. Es gebe immer noch Veränderungen.

Herr Strüwer stellt fest, dass es ein positives Ergebnis sei, dass alle Kinder versorgt seien.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer erklärt Frau Haack, dass nach den Osterferien mit den Trägern in den einzelnen Stadtbezirken eine Planung für die

nächsten Jahre erfolgen solle.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass die Verwaltung und der Ausschuss eine gute bedarfsgerechte Vorplanung aufgebaut hätten, die nachfragegerecht sei.

Herr Reinke erinnert daran, dass im Rahmen der Diskussion über die Bedarfsplanung in der letzten Sitzung eine detaillierte Übersicht über die Gruppenverteilungen und Anmeldezahlen bezogen auf die Kindergarteneinrichtungen zugesagt worden sei.

Frau Haack wiederholt, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Stichtag sei der 15.03.09. Sie verspricht, die Aufstellung dem Protokoll **als Anlage** beizufügen.

Damit ist Herr Reinke einverstanden.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer über den Stand der Verhandlungen mit der AWO berichtet Herr Dr. Schmidt, dass die nächste Verhandlung am morgigen Tag stattfindet. An den gegenteiligen Positionen habe sich nichts geändert. Eine schriftliche Stellungnahme des Landes bezüglich der möglichen Bezuschussung liege vor. Daran halte man sich, solange keine gegenteilige Rechtsauskunft schriftlich vorliege.

7. **Konjunkturprogramm II Maßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Schwemin berichtet über das Antragsverfahren beim Konjunkturprogramm II. Bis Ostern würden voraussichtlich die Ausführungsbestimmungen des Landes vorliegen.

Herr Decker möchte wissen, ob die Förderung von Investitionskosten auch für die Bildungseinrichtungen freier Träger gelte.

Herr Schwemin erklärt, dass das Investitionsvolumen für Hagen bei 26,6 Millionen Euro liege. Von diesem Betrag seien ca. 17 Millionen für den Bereich Bildung und ca. 9,6 Millionen Euro für den Bereich Infrastruktur vorgesehen. Von diesen Förderungen könnten natürlich auch Dritte profitieren.

Auf eine Frage von Herrn Strüwer teilt Herr Schwemin mit, dass zu der Durchführung bestimmter Maßnahmen bisher keine Aussagen gemacht werden könne, da die Ausführungsbestimmungen dazu fehlten.

Herr Steuber zählt die Projekte auf, die aus Sicht der Fachverwaltung Priorität genießen sollten.

Herr Schledorn macht deutlich, dass die Ausführungen von Herrn Schwemin sehr interessant gewesen seien und die Probleme nachzuvollziehen seien, der Jugendhilfeausschuss aber die Interessen der Kinder- und Jugendeinrichtungen im Auge haben müsse.

Herr Fischer regt an, dass kommunale Interessen stärker durch die Politik in die Landes- und Bundespolitik getragen würden. Er möchte wissen, ob energetische Maßnahmen in Schulen mit eingeplant seien.

Herr Reinke gibt in Richtung von Herrn Fischer zu bedenken, dass die Landesregierung schnell reagiert habe. Er wehre sich gegen die geäußerten Vorwürfe. Es gebe eine Vereinbarung der Landesregierung mit dem Deutschen Städtetag, in der geregelt sei, dass freie Träger in diesem Programm auch berücksichtigt würden.

Herr Haense berichtet, dass er froh gewesen sei, dass das Thema von der Freien Wohlfahrtspflege in Hagen flankierend beobachtet worden sei, es jedoch keine eigene Bewegung gegeben habe. In dieser Stadt sei ein Investitionsstau vorhanden. Das Land sei nun auch auf die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zugekommen. Dies habe einen richtigen Prozess ausgelöst. Diese Dinge müssten noch abgestimmt werden. Er hoffe, dass die freien Träger nicht wesentlich dazu beitragen, dass das Volumen hinterher zu groß würde.

Herr Goldbach äußert sich hinsichtlich der Frage von Herrn Fischer, dass die angesprochenen Maßnahmen nicht über dieses Programm abgewickelt werden könnten, da sie in der Regel bereits geplant und im Antragsverfahren mit dem Land aktenkundig seien. Sie könnten nicht doppelt bezuschusst werden. Aufgrund des Bildungsbegriffes und der Zuständigkeiten könnten nur in den städtebaulich besonders anerkannten Gebieten über die energetischen Maßnahmen hinaus die Schwerpunkte verbaut werden. Das sei möglich in den Stadtteilen Vorhalle, Altenhagen und Eilpe / Oberhagen.

Herr Strüwer fasst die Inhalte der Diskussion zusammen. Er bittet die Verwaltung, die Dinge passend zu machen. Er ist der Meinung, dass der Jugendhilfeausschuss auch zum jetzigen Zeitpunkt bereits Dinge anmelden sollte. Er formuliert den Beschlussvorschlag.

Herr Decker hat Probleme damit, dass hier Dinge angeschoben würden, von denen man noch nicht wisse, ob sie auch tatsächlich gebraucht würden. Er bitte daher, ein wenig Maß zu halten, da man die Eckdaten noch nicht kenne.

Herr Schledorn sieht das anders. Die Bundes- und Landesebene bemühten sich, das Gesetzgebungsverfahren möglichst schnell abzuschließen. Man solle nicht bis Ostern warten, die Projekte zu melden.

Herr Feldhaus erinnert daran, dass die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege sich noch nicht abgestimmt hätte. Er bittet, das in der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Herr Strüwer hält das für selbstverständlich. Die Liste dürfe nicht zu allgemein

gehalten werden. Es gehe darum, dass man die Ansprüche als Jugendhilfeausschuss in die politische Debatte bringe.

Herr Fischer unterstützt die Aussage. Man müsse im Sinne der Kinder und Jugendlichen handeln. Er bittet, die Belange im Hinblick auf die Schulen in der Liste mit aufzunehmen.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag mit den gemachten Anregungen aus der Diskussion erneut und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Antragstellung zum Konjunkturprogramm II unter anderem auch folgende sozial- und jugendpolitische Maßnahmen vordringlich zu berücksichtigen:

- Kinderspielplatz Drostenhof
- Grundinstandsetzung Spielplätze
- Kindertageseinrichtungen Fley und Hilfe
- Sanierungsmaßnahme Gemeindenahe Therapie Vorhalle
- Erweiterung Kinder- und Jugendpark Haspe und Jugendzentrum Eckesey
- Energetische Maßnahmen im Schulbereich
- geeignete Projekte der freien Träger

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

8. Standortfrage des Kinder- und Jugendbüros

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt berichtet über den Verlauf der Ereignisse und den Stand der Dinge.

Es sähe nun so aus, dass das Angebot an das Kinder- und Jugendbüros vorliege, in das Erdgeschoss der Hochstraße 74 zu ziehen.

Frau Caliskan liest folgenden Antrag an den Jugendhilfeausschuss vor:

„Der gesamtstädtische Jugendrat Hagen beantragt im Namen aller Bezirksjugendräte, dass sich der Jugendhilfeausschuss für den Erhalt des Pavillons im Volkspark als geschäftsführende Stelle der Hagener Jugendräte einsetzt.“

Sie begründet den Antrag. Die Räume in der Hochstraße erfüllten nicht die Kriterien, die man erarbeitet habe.

Frau Burghardt äußert ihre Betroffenheit über die Tatsache, dass die Betroffenen vorher nicht über die Planungen informiert gewesen seien. Es wäre die erste Spielregel der Demokratie gewesen, den Kinder- und Jugendrat mit einzubeziehen. Sie sei für die Erhaltung des Standortes.

Frau Köppen stimmt dem zu. Der Jugendhilfeausschuss höre mit Freude in jeder Sitzung die qualitativ hochwertigen Berichte der Kinder- und Jugendräte. Er habe daher auch seine Verpflichtung, in der Strukturqualität das vorzuhalten, was der Kinder- und Jugendrat brauche, diese inhaltlich gute Arbeit machen zu können. Sie würde dem Antrag zustimmen.

Herr Reinke teilt im Namen seiner Fraktion mit, dass der Antrag unterstützt wird.

Herr Decker schließt sich seinen Vorrednern an. Er formuliert den Vorwurf an die Verwaltungsspitze, nicht mit den Betroffenen gesprochen zu haben.

Herr Fischer ist der Meinung, dass die jungen Leute so demotiviert würden. Dies sei unakzeptabel. Hier werde politischer Schaden angerichtet.

Auch Frau Machatschek ist bestürzt, dass die Betroffenen nicht mit einbezogen worden seien. Sie spreche für alle Ratsmitglieder und Fraktionen, dass es ihnen immer ein Anliegen gewesen sei, Kinder und Jugendliche mit einzubeziehen. Ihr sei es wichtig, dass der Standort erhalten bleibe.

Herr Strüwer kann den gemachten Wortbeiträgen nichts hinzufügen. Er sei sehr aufgebracht gewesen, als er das der Presse entnommen habe. Dies habe ein Nachspiel haben müssen, weil der Beschluss im Verwaltungsvorstand wenig Fingerspitzengefühl gezeigt habe. Es gehe hier um eine funktionale Aufgabe,

die das Kinder- und Jugendbüro erfülle und da müssten gewisse Vorgaben erfüllt sein. Er habe die Ausführungen der Jugendräte insofern sehr ausgewogen gefunden, als diese auch mit einem anderen Standort einverstanden seien, wenn dieser gewisse Kriterien erfülle.

Der Verwaltungsvorstand wäre besser beraten gewesen, zu schauen, ob es einen alternativen guten Standort für das Kinder- und Jugendbüro geben würde, um dann mit den Beteiligten darüber zu sprechen. Er ist der Meinung, dass der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss in diese Richtung fassen sollte.

Er formuliert den Beschlussvorschlag.

Frau Burghardt ergänzt, dass der Standort auch für Jugendliche attraktiv sein müsse. Sonst würde er nicht angenommen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Fachverwaltung die Kriterien untersucht habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Kriterien im Rathaus II und in der Hochstraße 74 erfüllt seien. Das Rathaus I dagegen sei nicht geeignet.

Herr Fischer macht deutlich, dass ihm die Notwendigkeit, warum das Kinder- und Jugendbüro ausziehen müsse, gar nicht verständlich sei. Es solle doch ein Standort für die Verbraucherzentrale gefunden werden. Dieser Auftrag sei zurückzugeben.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag erneut und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fordert den Oberbürgermeister auf, das Kinder- und Jugendbüro inklusive der Geschäftsstelle der Kinder- und Jugendräte im Volkspark-Pavillon zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

9. Gefährdungen des Kindeswohls Mündlicher Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goebels erläutert das übersandte Papier zum Thema „Gefährdungen des Kindeswohls“.

Auf die Frage von Frau Köppen, wie alt die Kinder seien, wenn die U5 - Regeluntersuchung anstünde, antwortet Herr Goebels, dass die Kinder unter 1,5 Jahren seien.

Frau Köppen ist erschrocken über diese hohe Zahl von Kindeswohlgefährdungen, die bei den Schuleingangsuntersuchungen festgestellt worden seien.

Herrn Strüwer fällt auf, dass über zwei Drittel der Fälle konzentriert in den Innenstadtbereich und Altenhagen falle. Wie sei das zu erklären? Welche Sozialindikatoren spielten da eine Rolle? Ihn habe erstaunt, inwieweit sich konzentriert aus Fällen aus bestimmten Stadtteilen ein höherer Handlungsbedarf ableite.

Herr Fischer weist darauf hin, dass man hier feststellen könne, dass das aufgebaute Netzwerk funktioniere. Es sei logisch und zwangsläufig, dass die Kosten in diesem Bereich stiegen.

Herr Goebels bestätigt den Trend, dass zum Beispiel in Wehringhausen die Kindeswohlgefährdung höher sei als anderswo. Die Ursachen lägen natürlich überwiegend in sozial schwierigen Umfeldern der Familien.

Frau Burghardt möchte wissen, ob bei den 77 Meldungen im Bereich der 0-1,5-jährigen Kinder, die 25 % der Fälle ausmache, ein anschließender Handlungsbedarf gegeben sei.

Herr Goebels bestätigt diese Frage. Es seien in der Regel Hinweise auf gravierende Verwahrlosungen.

Frau Burghardt zieht daraus den Schluss, dass eine Betreuung der Familien einige Monate nach der Geburt des Kindes sehr wichtig sei, da offensichtlich erst dann die Probleme aufträten. Hier sei ein zweiter und dritter Nachgang nach den Willkommensbesuchen dringend erforderlich, damit frühzeitig an dieser Stelle Hilfeangebote auf der niedrigschweligen Ebene angeboten werden könnten.

Frau Machatschek berichtet von einem Vortrag der Familienhebamme der Stadt Hagen im Sozialausschuss. Warum habe Hagen dafür nur eine halbe Stelle? Die Hebamme leiste genau diese Schwellenarbeit, die notwendig sei.

Herr Steuber macht deutlich, dass dies genau Bausteine der frühen Hilfen seien, von denen er in der Vergangenheit immer gesprochen habe und die man gern im Zusammenhang mit dem Planungskonzept „Kinderschutz in Hagen“

dem Ausschuss vorstellen wolle.

Herr Strüwer hält das neben einer speziellen Betrachtung des Sozialraums Wehringhausen für sehr wichtig. Hier müssten neue gemeinsame Wege beschritten werden im Bereich präventiver nachsorgender und begleitender Hilfe, um zu einer Entschärfung dieser brisanten Situation zu kommen.

Herr Steuber berichtet zum Thema Wehringhausen, dass die Verwaltung mit einem Träger und mit einer Reihe von Organisationen und Verantwortlichen im Sozialraum Wehringhausen gemeinsam eine Überlegung angestellt habe, wie man sich dort noch optimaler vernetzen könne. Aus dem Projekt in Dorsten könne man eine ganze Menge diesbezüglich lernen. Es sei keine Lösung, im Rahmen der Erziehungshilfe ständig auf die hochschwelligsten stationären Hilfen zur Erziehung auszuweichen, die auch sehr schnell sehr kostenintensiv seien.

Frau Klos-Eckermann ist der Meinung, dass es doch aufgrund solcher Tatsachen möglich sein müsse, mit dem Regierungspräsidenten den Weg einzuschlagen, präventive Dinge vorzufinanzieren, durch die man hinterher wieder Geld einspare.

Herr Schledorn erklärt, wie wichtig es sei, den Familien den Stress, die Armut verursache, zu nehmen. Der seinerzeit vorgelegte Armutsbericht bestätige genau diese Zahlen.

Herr Fischer möchte neben dem Werkzeug der Meldungen auch andere Dinge ansprechen, die im Stadtteil beobachtet würden. Als Beispiel sei anzuführen, wie vielen Kindern und Jugendlichen eine Teilnahme am Mittag- und Abendessen ermöglicht würde.

Das mache deutlich, wie viele Indizien auch unterhalb der Meldungen vorhanden seien.

Herr Schurgacz macht deutlich, dass es sich hier um neue Zahlen handele. Daneben gebe es aber auch eine große Zahl von bekannten Fällen, die aktenkundig seien. Es gehe hier um einige hundert Fälle. Seine damalige Prognose, dass man Plätze ausbauen müsse, habe sich bewahrheitet. Er bäte darum, diese Berichte auf der Tagesordnung zu lassen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass diese Themen im Bereich der Erziehungshilfe im Jugendhilfeausschuss permanent behandelt würden. Man unterhalte sich seit geraumer Zeit über die Installierung einer Kinderschutzambulanz. Die Zahlen in den Kinderheimen sagten aus, dass man gut belegt sei, es aber noch freie Plätze gebe.

Herr Goebels ergänzt, dass die Entwicklung so nicht vorhersehbar gewesen sei. Das Aufgabenfeld im Allgemeinen Sozialen Dienst habe sich in den letzten 2 Jahren durch die Einführung des § 8 a SGB VIII komplett verändert. Man habe im Jahr 2005 freie Plätze gehabt. Im Jahr 2007/2008 sei das nicht mehr der Fall gewesen. 2008 habe man neue Gruppen in Hagen eröffnen müssen, weil man mit den Kapazitäten nicht ausgekommen sei. Davon seien alle Jugendämter in der Umgebung betroffen.

Herr Steuber erinnert daran, dass die Erziehungshilfe in Hagen in enger Kooperation mit den freien Trägern neu konzipiert wurde. Er sei der Meinung, dass man immer noch nicht in ausreichendem Maße flexible ambulante Hilfen in Hagen hätte, die man brauche. Wichtig sei es, die Hilfen vor Ort anzubieten. Das müsse der Trend sein. Es werde auch andere Formen der Hilfe geben.

Herr Schurgacz ist der Meinung, dass man nach wie vor jede Menge stationäre Hilfen brauchen werde. Er findet auch, dass andere Wege beschritten werden müssten und hält das vorgestellte Modell in Dorsten für geeignet. Das würde aber viel Geld kosten.

Herr Strüwer erinnert daran, dass die Mitarbeiter aus Dorsten-Wulfen deutlich gemacht hätten, dass sie mit dem Geld, das auch vorher verausgabt worden sei, ausgekommen seien. Dort sei sehr viel stärker im präventiven Bereich gearbeitet worden. Der Einzelfall sei stärker betrachtet worden und man habe versucht, ein adäquates Angebot für die Betroffenen zu unterbreiten. Er halte es auch für sehr wichtig, auf diesem Gebiet neue Wege zu gehen. Es seien gute Akteure vorhanden.

**10. Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"
hier: Errichtung einer Kinderschutzambulanz
Vorlage: 0205/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert die Vorlage. Es handele sich hier um einen Zwischenbericht. Ein Gespräch mit dem AKH sei für den 30. März 2009 terminiert. Er bittet, auf der letzten Seite, auf der die finanziellen Auswirkungen stünden, als Folgekosten unter dem Buchstaben 4c unter „sonstigen Betriebskosten“ eine Zahl von 100.000 € einzusetzen. Es handele sich hier um eine Nettobetrachtung. Dem liege die Überlegung zugrunde, dass man es schaffe, mit umliegenden Städten und Kreisen eine Vereinbarung hinzubekommen, dass man in anderen Kommunen mit dem Angebot der Kinderschutzambulanz werbe. Dann könne die Abrechnung mit einer Entgeltvereinbarung über Fachleistungsstunden erfolgen. Der zweite Faktor sei, dass es viele Persönlichkeiten in Hagen geben müsse, die versuchten, über Sponsoring einen großen Anteil dieses Aufwandes beizutreiben. Dies sei eine ganz wichtige Säule der Finanzierung, die sich der Verwaltungsvorstand vorgestellt habe.

Herr Reinke zeigt sich sehr erfreut über die Vorlage. Er bedankt sich für die umfassende Vorlage. Es gebe noch einige offene Fragen, von denen er annehme, dass diese in Zukunft gelöst werden könnten. Er wünsche sich, dass der Rat im Mai darüber entscheiden würde. Er begrüße das Angebot des Diakonischen Werkes und favorisiere die in der Vorlage beschriebene Variante 2. Er stellt den Antrag, dass der Jugendhilfeausschuss dem Rat der Stadt Hagen empfiehlt, aus der Sparkassenspende bis zu 10.000 € für die Prozessbegleitung zur Implementierung bereitzustellen.

Frau Burghardt äußert ihre Freude darüber, dass die Kinderschutzambulanz den Jugendhilfeausschuss in diesem Tempo erreiche und auf dem Wege sei, verabschiedet zu werden. Sie ist der Meinung, dass man auf das Angebot des Diakonischen Werkes zurückgreifen solle. Die Variante 2 sei ein sehr gutes Angebot, die Kinderschutzambulanz von vorneherein gut zu begleiten.

Frau Klos-Eckermann bedankt sich für den Zwischenbericht. Sie sei sehr gespannt auf die weiteren Ergebnisse der noch zu führenden Gespräche. Sie möchte wissen, ob im Hinblick auf die Finanzierung an anderer Stelle irgendwas wegfalle.

Herr Steuber erklärt, dass die heutige Überlegung dazu sei, Stellen zukünftig zu kompensieren. Über Altersteilzeit sollten zukünftig drei Stellen nicht wiederbesetzt werden. Das würde als Kompensationsmasse eingebracht zur Deckung der Mehraufwendungen in Form von Transferleistungen an einen freien Träger. Das Problem sei die Finanzierung der Folgejahre.

Herr Decker fragt, wie sich die Kinderschutzambulanz Remscheid e.V. finanziere.

Herr Steuber erklärt, dass die Stadt Remscheid einen institutionalisierten Zuschuss in Höhe von rund 70.000 € pro Jahr für den Betrieb der Kinderschutzambulanz leiste. Daher müsse sie sich nicht mehr einzelne Fälle über Fachleistungsstunden erkaufen. Sie hätte das Recht des ersten Zugriffs. Wuppertal und andere Städte und Kreise müssten sich über Fachleistungsstunden in diese Leistung einkaufen. Weiterhin werde über Sponsoring und Spenden eine Menge Geld eingetrieben.

Herr Strüwer möchte nochmals darauf hinweisen, dass man im Vorfeld über die Notwendigkeit einer Umstrukturierung gesprochen habe. Die Kinderschutzambulanz dürfe nicht völlig losgelöst von den anderen Instrumenten in der Erziehungshilfe gesehen werden. Man müsse das verzahnt sehen und die Sache inhaltlich betrachten. Der Jugendhilfeausschuss habe sich in jeweils einstimmigen Beschlüssen für die Kinderschutzambulanz und die Konsequenz entschieden, das finanziell auch möglicherweise innerhalb des eigenen Bereiches zu kompensieren. Es seien ja auch die Fragen zu klären, inwieweit Krankenkassen oder möglicherweise Krankenhäuser mit ins Boot geholt werden könnten.

Frau Köppen kann die geäußerte Euphorie nicht teilen. Sie habe Zweifel, was die Finanzierung angehe. Diese stehe auf sehr wackeligen Füßen. Ihr habe die Variante 1 besser gefallen.

Herr Fischer findet die Vorlage sehr schlüssig. Er wundert sich, dass jetzt auf halber Strecke Bedenken geäußert würden.

Herr Strüwer lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Anschließend lässt er über den Antrag von Herrn Reinke abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, durch einen geeigneten freien Träger und in enger Kooperation mit einer Kinderklinik in Hagen eine Kinderschutzambulanz errichten zu lassen.
2. Regionale Träger der Jugendhilfe sind an der Kinderschutzambulanz zu beteiligen.
3. Die Finanzierung der Kinderschutzambulanz ist kostenneutral im städt. Haushalt darzustellen.
4. Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zum Stand der Aktivitäten zur Errichtung einer Kinderschutzambulanz zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

Ergänzungsbeschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, zur Finanzierung der Prozessbegleitung bei der Einrichtung einer Kinderschutzambulanz aus der Sparkassenspende 2008 bis zu 10.000 € bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

11. **Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit"**
- Teilnahme der Stadt Hagen bis Ende des Schuljahres 2009/2010
- Erweiterung des Teilnehmerkreises um die Schüler der Förderschule Wilhelm-Busch (Primarstufe und Sekundarstufe I)
Zweite Lesung
Vorlage: 1076/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hermann erklärt, dass noch kein Erlass vorliege, auf den man zurückgreifen könne. Er müsse sich daher darauf beschränken, einen Zwischenbericht abzugeben. Man sei am 25.03.2009 bei der Bezirksregierung eingeladen. Dort solle auch etwas zur Fortführung des Erlasses „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gesagt werden. Er könne dann in Form einer Mitteilung oder in der nächsten Sitzung Konkretes berichten.

Herr Fischer möchte wissen, warum nur die Förderschule Wilhelm-Busch in die Liste neu mit aufgenommen worden sei. Man habe in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass auch andere Förderschulen das gleiche Programm benötigten und man auch im Sek I – Bereich am Start sei. Sei das damit gemeint?

Herr Reinke erinnert daran, dass der Bedarf der Hagener Schulen ermittelt werden sollte. Gäbe es dazu etwas Neues?

Herr Hermann erklärt dazu, dass der vorliegende Erlass nur noch bis zum Sommer seine Wirksamkeit habe. Dieser sehe vor, dass gebundene Ganztagschulen und die Offenen Ganztagsgrundschulen an diesem Programm teilnehmen. Beim Start habe man sich ganz bewusst aufgrund des zu leistenden städ-

tischen Eigenanteils auf den Teilnehmerkreis der Offenen Ganztagsgrundschulen beschränkt. Aufgrund der Bedarfslage sei die Förderschule Wilhelm-Busch hinzugekommen. Nach dem derzeitigen Stand bis Ende des Kalenderjahres 2009 würde die zugesagte Sparkassenspende das auch noch mit abgelten. Darüber hinaus könnte es eng werden. Derzeit davon ausgenommen seien noch die gebundenen Gesamtschulen und gebundenen Hauptschulen. Der derzeitige Erlass biete für die neu in das Programm „Geld oder Stelle“ hinzugekommenen Schulen aus der Sekundarstufe I nicht die Möglichkeit einer Teilnahme.

Man habe die Hoffnung, dass mit dem neuen Erlass möglicherweise eine Öffnung geschehe.

Zu der Frage von Herrn Reinke berichtet er, dass die Verwaltung die Hagener Gesamtschulen und gebundenen Ganztags Hauptschulen abgefragt habe. Diese hätten den Trend der Stadt Gelsenkirchen bestätigt, den man in der letzten Sitzung vorgestellt habe. Rund 10 % der Schüler nähmen am Mittagstisch teil, von denen rund 70 % auch Bedarf hätten zur Teilnahme an diesem Landesprogramm.

Herr Strüwer möchte wissen, ob das bedeute, dass man die Beschlussvorlage zunächst heute so durchlaufen lasse, weil dadurch alles im Themenfeld OGS und im Bereich der Förderschule Wilhelm-Busch erreicht sei? In Kürze werde es Klarheit darüber geben, inwieweit es eine Öffnung des Erlasses geben werde, so dass auch andere Schulen möglicherweise Berücksichtigung finden könnten.

Herr Hermann erklärt, dass dieser Erlass ja auf zwei Jahre befristet gewesen sei. Der neue Erlass könne umfassender sein. Das wisse man noch nicht.

Herr Strüwer erklärt, dass es Zielsetzung des Jugendhilfeausschusses sei, dass man auch andere Förderschulen mit Bedarfen aufnehme. Er bittet Herrn Hermann, in dem Moment, in dem die neue Erlasslage komme, die Anliegen des Jugendhilfeausschusses zu berücksichtigen. Außerdem sollten mit den Schulen Bedarfe abgeklärt werden, so dass man wisse, worüber man rede.

Herr Hermann erklärt, dass man die Aufträge, so weit wie möglich abgearbeitet habe. Man liege in der Zielsetzung nicht auseinander.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

- 1) Die Stadt Hagen beabsichtigt, auch im Schuljahr 2009/2010 im Bereich der Offenen Ganztagschule am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teilzunehmen.
- 2) Der Teilnehmerkreis am o. g. Landesprogramm wird ab dem Schuljahr 2008/2009 um die Schüler der Förderschule Wilhelm-Busch erweitert.
- 3) Für den städtischen Eigenanteil stehen 100.000 € aus der Sparkassenspende 2007 sowie voraussichtlich 100.000 € aus der Sparkassenspende 2008 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 10
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

- 12. Programm zum Ausbau des Ganztagsbetriebes und der pädagogischen Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I**
hier: Ergänzungsvorlage zur Drucksache 0935/2008
Vorlage: 0156/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hermann erläutert die Vorlage und die ausgelegte Tischvorlagen (siehe Anlage).

Herr Strüwer möchte wissen, ob die Stadt Hagen Möglichkeiten einer zusätzlichen Förderung habe, sofern Fördergelder in anderen Kommunen nicht abgegriffen würden. Gebe es Fristen? Könne man eventuell relativ kurzfristig in die Nachförderung kommen?

Sofern Hagen für eine zusätzliche Förderung nicht in Betracht käme, müsse darüber im Schulausschuss darüber entschieden werden, inwieweit bis dahin unberücksichtigte Schulen in Folgejahren über die Bildungspauschale finanziert werden könnten.

Herr Hermann erwidert, dass er auf die erste Frage keine Antwort geben könne. Es werde eine zweite Welle erfolgen, mit der vor Herbst 2009 nicht zu rechnen sei. Er ginge er davon aus, dass es bis zum nächsten Jahr dauern werde. Zu der zweiten Frage teilt er mit, dass man für diesen Fall mit neuen Vorschlägen auf die Politik zugehen werde.

Herr Decker hat ein Problem mit der Form des Vorgehens. Man könne sich nicht mehr alles leisten in dieser finanziellen Situation.

Herr Strüwer entgegnet, dass es sich um eine Kombination aus Mitteln der Landesförderung und der Bildungspauschale handele. Es sei nunmehr eine Prioritätensetzung für die Stadt Hagen festzulegen. Grundsätzlich seien Investitio-

nen in diesem Bereich gut angelegtes Geld.

Herr Fischer macht deutlich, dass es zu den Investitionen noch keinen Ratsbeschluss gebe. Es gebe einen Ratsbeschluss zu den Pavillons in der Fritz-Reuter-Schule. Danach sollten diese abgerissen werden. Es müsse berücksichtigt werden, dass in den Pavillons Offener Ganzttag stattfindet, der gefördert würde. Man bräuchte ein Signal, dass diese erst abgerissen würden, wenn sich für die Schüler andere Lösungen gefunden hätten.

Herr Hermann macht in Richtung von Herrn Decker deutlich, dass die Stadt Hagen keine andere Alternative habe, als das aus der Bildungspauschale zu schultern. Man müsse eine Minimalinfrastruktur schaffen. Zur Fritz-Reuter-Schule erklärt er, dass die Planung sich nicht mit dem bestehenden Ratsbeschluss vereinbaren lasse. Die Frage sei, wie man damit umgehe.

Herr Strüwer gibt den Hinweis, dass man eine klare Trennung zwischen den Zuständigkeiten von Jugendhilfe- und Schulausschuss ziehen müsse. Man solle als Jugendhilfeausschuss ein klares Signal geben, dass man den Beschluss des Schulausschusses mittrage.

Herr Fischer geht noch mal auf die Problematik mit den Pavillons an der Fritz-Reuter-Schule ein. Hier sei der Jugendhilfeausschuss zuständig, da der Offene Ganzttag betroffen sei.

Frau Kurte informiert Herrn Fischer über die Hintergründe der Problematik aus Sicht des Schulausschusses.

Herr Fischer fühlt sich dennoch unverstanden.

Herr Strüwer erklärt, bezüglich der offenen Fragen gebe es inzwischen entsprechende politische Anträge, um Nachbesserungen und Präzisionen herbeizuführen. Auch der Schulausschuss habe Signale in diese Richtung ausgesendet.

Herr Hermann verspricht, dass man dieser Sache nachgehen und der Politik berichten wolle.

Herr Strüwer stimmt dem zu und lässt über den im Schulausschuss gefassten Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Hagen nimmt am Investitionsprogramm „1.000 Schulen“ teil. Der städtische Eigenanteil, der aus Mitteln der Bildungspauschale 2009 und 2010 zu finanzieren ist, bleibt auf 2,3 Mio. € begrenzt und wird nicht zur Kompensation der reduzierten Landeszuweisung angehoben.

Die in der Schulausschusssitzung geänderte Anlage 3 weist die Maßnahmen aus, die unmittelbar umgesetzt werden sollen. Die Verteilung evtl. weiterer Fördermittel erfolgt dann gemäß der Reihenfolge der ebenfalls erstellten Warteliste.

Die Schulen der Sekundarstufe I nehmen ab dem 2. Halbjahr 2008/2009 am Programm „Geld oder Stelle“ teil.

Die Vorlage wird bis zum 31.12.2010 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 9
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

**13. Programm zur Sanierung der städtischer Gebäude
hier: Prüfung des Verkaufs städtischer Gebäude
Vorlage: 0106/2009**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Vermarktung der in der Anlage mit „Ja“ gekennzeichneten Gebäude ist vorzubereiten bzw. durchzuführen. Bei den mit „Prüfen“ markierten Objekten ist die Prüfung der Entbehrlichkeit abzuschließen.
3. Bis zum 31.12.2009 ist über weitere Ergebnisse zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen**14. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 19.35 Uhr

Gez. Strüwer

Vorsitzender

Gez. Krause

Schriftführerin